Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt"
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchen es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtspeditionen und den Zeitungsverkäufern Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung", sowie das illustr. Wochenblatt „ULK", die freiliegende Montags-Ausgabe „Heiteres", die „Technische Rundschau", das Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle" und die „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft" durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 23 Pf. (Ausland exclusive Postaufschlag); bei direkter Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 50 Pf. („Gemeinnütziges" 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 36. **Berlin, Freitag, den 20. Januar 1899.** **XXVIII. Jahrgang.**

Resultate.

(Von unserem nach Schleswig entsandten Spezial-Korrespondenten.)

Wenn ich mir nun zum Schluß auf Grund meiner mitgetheilten Wahrnehmungen eine Meinung bilden sollte, so wäre es folgende:

Daß in Nordschleswig auf dänisch gesinnter Seite der Wunsch, mit dem alten Vaterland wieder vereinigt zu werden, vorhanden ist, muß zugegeben werden. Jedoch ebenso, daß dieser Wunsch nur ein durchaus „frommer" ist und von Niemandem unter den geltenden Verhältnissen für erfüllbar angesehen wird: Politisch wirklich ernsthaft zu nehmen sind nur die Redakteure einiger weniger Zeitungen, voran Hansen und Jessen. Von solchen Männern prinzipiell zu unterscheiden sind eine gewisse Anzahl Individuen, vielleicht in der ganzen Provinz nur zwei- bis dreihundert, die im Trüben fischen wollen und von einer Förderung der deutschfeindlichen Stimmung irgend welche Vortheile erhoffen. Was aber das Gros der hier in Betracht kommenden Bevölkerung betrifft, so beschränkt sich ihr ganzes Dänenthum auf die bloße menschliche Gemüthsseite: Ob ihr Souverän in Berlin oder in Kopenhagen sitzt, das ist ihr im Grunde gänzlich gleichgiltig, wenn man sie nur, wie namentlich bei der Landbevölkerung, nicht in ihren alten Ueberlieferungen stören will. Dazu gehört aber allem Uebrigen voran die dänische Sprache. Herr v. Köller hat es eine Infamie genannt, wenn man von ihm behauptet, er hätte es auf diese Sprache abgesehen — im Gegentheil, er wünsche, daß der Bevölkerung alle ihre idealen Güter erhalten bleiben. Aber trotzdem wird es den Eltern böse angerechnet, daß sie ihre Kinder, die in den Schulen fast nur Deutsch zu hören bekommen, zu Hause dänische Bücher lesen lassen und dergleichen mehr. Das ist einer der vielen Widersprüche auf Seiten der machthabenden Elemente im Lande, welche die Bevölkerung über die Absichten der Regierung also verwirren, und die zu beseitigen eine der vornehmlichsten Aufgaben der Behörden sein müßte. Wie wenig das Gros der Nordschleswiger mit den Provokationen der eigenen Presse und der eigenen Agitatoren sympathisirt, geht daraus hervor, daß sich aus seiner Mitte der tausendfältige Wunsch erhebt, es möchte doch ein Mittel geben, den Schreiern ein für alle Mal den Mund zu stopfen, damit man nicht mehr für sie zu leiden habe und in Ruhe seinem Erwerb nachgehen könne. Ruhiger Erwerb, ruhiges Geschäft und die alten Gewohnheiten, unter denen man einträchtig bisher gelebt — weiter will man nichts!

Eine Beunruhigung auf Seiten der deutschen Bevölkerung hat sich besonders — so wenig idealistisch das auch klingen mag — deshalb eingestellt, weil man fürchtet, daß die dänische, durch jene Agitatoren veranlaßt, ihre Kundschaft immer mehr den deutschen Kaufleuten entziehen und sie einseitig den Parteigenossen zuwenden werde. Daß gerade im Kreise Hadersleben der Konflikt einen derartigen Umfang angenommen hat, ist somit nicht nur aus der nahen dänischen Grenze, sondern auch aus seiner rein wirthschaftlichen Lage, nämlich dem hier besonders reichen Hinterlande, zu erklären. Auf diese Weise hat das Vorgehen der Regierung insofern, als sie damit überhaupt nur eine Absicht, gegen die dänische Agitation etwas zu unternehmen, angekündigt hat, in den deutschen Kreisen Nordschleswigs Beistimmung erfahren. Der anfänglichen überschäumenden Begeisterung scheint aber nunmehr eine ruhigere Abwägung zu folgen; man frägt sich, ob die Maßregeln Herrn v. Köllers wohl die richtigen sind. Ja, Herr v. Köller scheint sich das jetzt selber wohl zu fragen. Wenigstens äußerte er mir gegenüber, daß sich die guten Früchte seines bisherigen Verfahrens vielleicht erst in zehn Jahren zeigen würden, während andererseits Andeutungen von ihm bekannt geworden sind, die, ganz dunkel zwar, doch darauf hinweisen, daß er selber noch andere, bessere, praktischere Wege zu dem erstrebten Ziel für nöthig halte.

Was Herrn v. Köller von seinen Beurtheilern als mildernder Umstand angerechnet werden muß, sind die ungeheueren Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hat. Ohne ein gesetzliches Mittel in der Hand, den eigentlichen Urhebern der antideutschen Agitation direkt zu Leibe zu gehen, sieht er sich auf die indirekten Mittel angewiesen, über deren verfehlte Wirkung ich mir nach allem, was ich schon berichtet habe, jedes weitere Wort nunmehr sparen kann. Was hingegen für Herrn v. Köller erschwerend ins Gewicht fällt, ist, daß er sein Amt und die damit verbundene Aufgabe, der er sich wohl nicht ganz gewachsen gezeigt hat, überhaupt übernommen — noch mehr, daß er sich dazu angeboten hat. Auf dem Kommers in Hadersleben hat er selber öffentlich erzählt, wie das geschehen sei: Der Kaiser hätte ihn gefragt, ob er nicht wieder in den Staatsdienst möchte, und darauf habe Herr v. Köller erwidert: „Nur dann, wenn Majestät die Gnade haben wollen, mir die Provinz Schleswig-Holstein zu übertragen." Das Mißtrauen, welches das „Berliner Tageblatt" damals in Betreff der staatsmännischen Fähigkeiten Herrn v. Köllers zu diesem seinem neuen Amt geäußert hat, hat nun leider eine entschiedene Bestätigung erfahren, eine Bestätigung, wie sie drastischer und beweiskräftiger auch das „Berliner Tageblatt" nicht wünschen könnte, wenn es selbstgefällig darüber den großen nationalen Gesichtspunkt, von dem aus der Schaden zu betrachten ist, vergessen könnte, und der jetzt von der Frage beherrscht wird: „Was nun?"

Was nun?

Herrn v. Köllers blinde Feinde möchten, daß er abberufen wird. Das wäre ein schlimmer taktischer Fehler, der nach allem, was geschehen ist, jetzt der dänischen Partei nur ihr Kraftgefühl verstärken, hingegen die Deutschgesinnten, die ohne Unterschied eines sonstigen politischen Bekenntnisses jetzt noch unentwegt zu Herrn v. Köller stehen, den parlamentarischen Oppositionsparteien, weil sie diese für seine Entfernung verantwortlich machen würden, sehr entfremden würde. Vom allgemeinen nationalen, wie auch vom engeren Parteistandpunkt hat deshalb die deutschfreisinnige Presse, so wenig das auch manchen Leuten trotz aller Logik einleuchten wird, zu wünschen, daß Herr v. Köller in seinem Amte bleibt — wenigstens vorläufig.

Wenn aber keine Ausweisungen — was dann?

Das zu beantworten, ist nicht unser Amt. Wir könnten erwiedern: Wer den Schaden angerichtet hat, mag auch nun zusehen, wie er ihn beseitigt. Ein deutschfreundliches Organ in dänischer Sprache, das aber, um sich einzuführen, nicht blos ein Instrument fleißleinener, langweiliger Regierungspolitik sein dürfte, Vermeidung sehr viel überflüssiger bisheriger Chikanen und Ungeschicklichkeiten, Duldsamkeit gegen die dänische Sprache und auf der anderen Seite selbstverständlich die größte Vorsicht bei künftigen Naturalisationen — das alles werden für die Regierung unter den vorhandenen Verhältnissen die einzigen, wahrhaft wirksamen Mittel bleiben. Dies und das Kräutchen, das schon vieles geheilt hat, das Kräutchen Geduld.

Und nun ein Wörtchen noch zum Schluß!

Zweck dieser Berichte war, keiner Partei, sondern der Sache, der es galt, zu dienen, das heißt, dem über den Parteien stehenden allgemeinen nationalen Interesse. Wie hat sich nun ein großer Theil der deutschen Presse zu einem solchen, ihr allerdings wohl nicht gewohnten Standpunkte verhalten? Je nachdem eine der Stimmen, denen in diesen Berichten Raum gegeben wurde, mehr der dänischen oder der deutschen Seite günstig war, wurden solche Stellen von dieser Art Organen aus ihrem Zusammenhang herausgerissen, einseitig ausgebeutet und, ob das Organ politisch rechts, politisch links stand, in jedem Fall als eine Handhabe benutzt, um dem „Berliner Tageblatt" nachzuweisen, daß es plötzlich seine Front verändert, daß es gouvernemental oder auch vaterlandsfeindlich geworden sei, und was der Zurufe von links und rechts noch mehr waren. Ich überlasse es dem Leser, darüber zu urtheilen, ob das „Berliner Tageblatt" sich eine geeignetere Anerkennung für seine Unparteilichkeit noch wünschen kann.

Das letzte der Lieder, die auf dem Haderslebener Kommers Herrn v. Köller zu Ehren gesungen wurden, war „Stoßt an, Vaterland hoch!" Kräftig aus tausend Stimmen klang es hinaus in die Nacht, und ich glaube, Herr v. Köller hat es selber mitgesungen. Ein Vers in dem Liede aber lautete:

Stoßt an, freies Wort hoch!
Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht,
Der die Wahrheit kennt und sagt sie nicht!

Und so erlaube ich mir am Ende meiner Berichte ihn allen Denen, die ihn noch nicht kennen oder offenbar vergessen haben, hiermit empfehlend ins Bewußtsein zu rufen.

---

* Die **Sozialpolitik** wurde in der gestrigen Sitzung des **Reichstags** einer Besprechung im großen Stil unterzogen. Der der freisinnigen Vereinigung nahestehende wildliberale Abgeordnete Röficke-Dessau faßte in einer trefflichen Rede, die wir unseren Lesern zum Studium empfehlen, alle berechtigten Wünsche auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung zusammen und besprach außerdem mit anerkennenswerther Offenheit den Plan, angeblich Arbeitswillige durch Verschärfung der Strafbestimmungen der Gewerbeordnung gegen den „Terrorismus" ihrer Arbeitsgenossen zu schützen. Herr Röficke, der bekanntlich selbst zu den Arbeitgebern gehört und große Betriebe mit zahlreichen Arbeitern leitet, gab rückhaltslos zu, daß ohne einen gewissen moralischen Terrorismus ein Streik nicht durchzuführen sei, und daß auch die Arbeitgeber ihre Verabredungen durch einen gewissen Terrorismus gegenüber Abtrünnigen zu schützen suchten, wobei ihnen freilich andere Mittel zur Verfügung stehen als den Arbeitern. Den Letzteren müsse man gestatten, daß sie die Konjunktur zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung ausnutzten. Wenn man die Arbeiter, wie das beabsichtigt zu sein scheine, durch den geplanten Gesetzentwurf einschüchtern wolle, so sei das in der That eine unberechtigte Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit. Zu einer Verschärfung der Strafbestimmungen liege um so weniger ein Anlaß vor, so führte Abgeordneter Röficke aus, als nach seinen Beobachtungen die Verhältnisse auf dem beregten Gebiete sich in den letzten Jahren wesentlich gebessert und die Arbeiter gelernt haben, sich in die Schranken hineinzufinden, die sie innehalten müssen. Abgeordneter Röficke besprach mit einem Freimuth, der alle Anerkennung verdient, das Hervortreten des Kaisers in dieser Frage und ersuchte geradezu den Staatssekretär des Inneren unter Hinweis auf ganz bestimmtes Material, das er ihm zur Verfügung stellte, auf den Kaiser einzuwirken, damit die sogenannte Zuchthausvorlage zurückgehalten und damit ein Wunsch der großen Mehrheit des Reichstages erfüllt werde. Graf Posadowsky erwiederte hierauf zunächst nicht, sondern nahm erst gegen Ende der Sitzung das Wort, freilich ohne auf diesen wichtigen Gegenstand, wie hier gleich bemerkt sei, irgendwie einzugehen. Nach Röficke sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Wurm. Er zählte eine große Reihe von Mißständen auf, deren Beseitigung die Arbeiter fordern müßten. Gegen ihn wandte sich der nationalliberale Abgeordnete Möller, der auch der „Zuchthausvorlage" das Wort redete. Und doch führte er — ob absichtlich oder unabsichtlich, wollen wir dahingestellt sein lassen — eine Erscheinung an, die beweist, daß es im höchsten Grade ungerecht wäre, wenn man die Koalitionsfreiheit als solche einschränken wollte. Abgeordneter Möller gab nämlich zu, daß die Arbeitgeber nicht leicht freiwillig und aus gutem Herzen höhere Löhne bewilligen, sondern dies nur thun, weil sie die Arbeiter brauchen. Das sei nur allzu menschlich. Menschlich ist dann aber auch, daß die Arbeiter durch das ihnen ausdrücklich gesetzlich zugestandene Mittel des Streiks bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen suchen, und es ist nach unserer Auffassung keineswegs gerecht alsdann, wie der Abgeordnete Möller thut, von einer „argen Verhetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" zu sprechen, wenn Agitationen zu Gunsten höherer Löhne ins Werk gesetzt werden. Daß die Reichsregierung zur Zeit mehr auf den Schutz der Arbeitgeber als auf den Arbeiterschutz bedacht ist, zeigte die nunmehr folgende Rede des Staatssekretärs des Inneren Grafen Posadowsky nur allzu deutlich. Wenn man von denjenigen Abschnitten seiner Ausführungen absieht, welche sich auf die Einrichtung und die Thätigkeit der Fabrikinspektoren beziehen, so lief, was er sagte, auf eine Vertheidigung des Wortes: „Immer langsam voran, immer langsam voran!" — angewendet auf die sozialpolitische Gesetzgebung — hinaus. Das Schlagwort, welches der Staatssekretär hierbei in die Debatte warf, war: Man dürfe sich nicht durch einen „nervösen Dilettantismus" auf diesem Gebiete leiten lassen. Die Mehrheit des Reichstags befürwortet nun aber gar nicht einen solchen nervösen Dilettantismus, sondern im Gegentheil Einrichtungen, wie die Schaffung eines Arbeitsamtes, welche gerade die Mittel bieten, falsche Maßregeln zu vermeiden. Man kann nicht sagen, daß die Mehrheit des Reichstages von der Rede des Staatssekretärs erbaut gewesen wäre, auf welche übrigens noch eine Erwiederung des sozialdemokratischen Abgeordneten Agster folgte. Heute wird die Berathung des Etats für das Reichsamt des Inneren fortgesetzt.

---

* In der **Militärvorlage** ist für das Jahr 1899 eine Heeresverstärkung (ohne Baiern) von 13,000 Mann vorgesehen, für Baiern aber nur um 493 Mann. Die „Münch. Allg. Ztg." erklärt das dadurch, daß nach der letzten Volkszählung die baierische Quote von 0,127 : 1 auf 0,125 : 1 gesunken ist, so daß Baiern am Schluß des gegenwärtigen Quinquenniums eine höhere Kontingentsstärke hat, als nach dem Verhältniß der thatsächlichen Bevölkerung geboten wäre. Baiern hat bei der Heeresvermehrung von insgesammt 23,272 Gemeinen nicht $\frac{23,277}{0,125}$ der Etatsvermehrung, sondern unter Hinzurechnung der zur Zeit bereits über das Bevölkerungsverhältniß hinausgehenden Mannschaften nur 1681 Mann zu stellen.

---

* Die **Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin** hat vor einigen Tagen eine Bekanntmachung erlassen, in der sie sagt, es sei zu ihrer Kenntniß gelangt, daß für die im Haushalte beschäftigten **Waschfrauen** und **Schneiderinnen** (Näherinnen) Versicherungsmarken nicht ordnungsmäßig verwendet werden. Diese Bekanntmachung beleuchtet wieder einmal die Unzulänglichkeit des Gesetzes für diese Kategorien von Arbeiterinnen.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß derjenige Arbeitgeber die Marken einkleben, der eine Waschfrau oder Näherin zuerst in der Woche beschäftigt. In der Regel wird es Derjenige sein, bei dem die Arbeiterin am Montage beschäftigt ist. Wenn diese am Montage aber keine Beschäftigung gehabt hat, so ist der Arbeitgeber vom Dienstage verpflichtet; unter Umständen kann auch derjenige vom Sonnabend verpflichtet sein; nämlich dann, wenn die Arbeiterin die ersten fünf Tage hat feiern müssen oder vielleicht in ihrer Behausung gewaschen oder genäht hat. Jeder Arbeitgeber ist nach dem Gesetze aber auch dann verantwortlich dafür, daß eine Marke für die Woche ordnungsmäßig geklebt wird, wenn sein Vorgänger seine Pflicht nicht erfüllt hat. Er muß ihn entweder durch Anrufung der Polizeibehörde dazu veranlassen oder selbst kleben, das heißt für die Pflichtvergessenheit seines Vorgängers büßen. Das Erstere wird er gewöhnlich nicht thun, weil er den Gang zum Polizeibureau nicht machen will, und weil er sich sagen muß, daß, ehe von diesem die Sache geregelt werden kann, die Arbeiterin vielleicht schon beim dritten, vierten oder auch zehnten Nachfolger beschäftigt ist. Das Zweite wird er in den meisten

Heute die Beilage „ULK" Nr. 3.